

Landkreis Märkisch-Oderland
Fachdienst Kommunalaufsicht und Wahlen
Eveline Kranz
Puschkinplatz 12
15306 Seelow

Fredersdorf-Vogelsdorf, 22.02.2020

**Wir fordern: Fristaufschub von 6 bis 8 Wochen
für die Beschlussvorlagen zum BP 40 "Oberschulstandort Landstraße"**

Uns Bürgerinnen und Bürgern gelangten am 20. Februar 2020 über das Bürgerinformationssystem mehr als 1.000 Seiten (eintausend) zum BP 40 „Oberschulstandort Landstraße“ zur Kenntnis. Beratung und Beschlussfassung dazu: 25. Februar 2020 (gemeinsame Sitzung der Fachausschüsse) und zwei Tage später am 27. Februar 2020 (Sitzung der Gemeindevertreter).

Vorlagen diesen Umfangs in wenigen Tagen durchzuarbeiten, zu verstehen und bei Unverständnis durch Aufklärung des Inhalts Wissen einzuholen, um zweifelsfreie Entscheidungen zum Wohle der Bürger, der Gemeinde und der Umwelt zu treffen, ist nicht möglich. Hinzu kommt, dass sich darunter u.a. zwei Vorlagen (133 Seiten) zur Regenwasserbewirtschaftung befinden, die erstmals vorliegen und einer eingehenden Diskussion der darin vorkommenden Fehler und Mängel bedürfen.

Weiterhin ist es unmöglich, sich in der Kürze der Zeit einen Überblick zu verschaffen und beurteilen zu können, wie die Stellungnahmen von Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange, Nachbargemeinden und der Bürger hier Berücksichtigung und Einarbeitung fanden (drei Anlagen, 135 Seiten). Das alles ist unter diesen zeitlichen Umständen nicht gegeben und zu verantworten, zumal es sich um ein Objekt von inzwischen fast 30 Millionen Euro handelt.

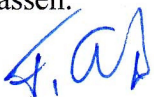
Mit sofortiger dinglicher Wirkung muss hier ein Fristaufschub von 6 bis 8 Wochen gewährt werden.

Wegen sich ausbreitender Hilflosigkeit und Existenzängsten sowie einer zunehmenden Fassungslosigkeit über das Vorgehen in diesem umfangreichen Bauvorhaben ist es zwingend, dieses arrogante und unsoziale Verhalten in der Vorbereitung der o. g. Sitzungen zu stoppen.

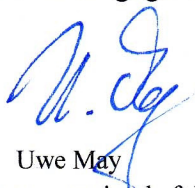
Wir fordern eine solide Vorgehensweise bei Beschlussfassungen!

Wir machen darauf aufmerksam, dass durch den Oberschulneubau die Pro-Kopf-Verschuldung von 500 Euro auf 1.700 bis 1.800 Euro steigen wird (Bürgermeisters im Ortsblatt vom 20. Februar 2020). Dieser Kostenanstieg ist schon dann nicht rechters, wenn pflichtige Aufgaben und notwendige soziale, kulturelle und umweltbezogene Erfordernisse des Ortes nicht finanzierbar sind.

Wir fragen auch nach der **Befangenheit von Gemeindevertretern**. Es ist bei einem 30 Millionen-Euro-Projekt die Verantwortung des einzelnen Abgeordneten, ob er durch Positionen und Funktionen als befangen einzustufen ist. Dies hat er gegebenenfalls durch die Aufsichtsbehörde prüfen zu lassen.



Falk Ehlert
Bürgerforum
Fredersdorf-Vogelsdorf



Uwe May
IG Interessengemeinschaft Vogelsiedlung
chem. IG des Fernsehens der DDR Berlin



Dr. Klaus Puls
Initiativgruppe Grüne Welle
Fredersdorf-Vogelsdorf